

Erfolge und Aktivitäten der österreichischen Sozialpartner 2000 – 2016

2016

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2016

- **Maßnahmen zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung – Fachkräfte der Zukunft**
 - Einführung von bundesweit einheitlichen Rahmenlehrplänen für Kindergärten mit Fokus auf frühkindliche Erziehung
 - Abschaffung der „Wiederholung ganzer Schulstufen“ in der Grundschule und Möglichkeit der Wiederholung von Teilbereichen in der „Neuen Oberstufe“
 - Unterstützung der Schüler mit Sprachdefiziten durch Ausbau der Sprachförderung in der Grundschule und der Einführung von „Lerncoaches“ in den Neuen Mittelschulen (NMS)
 - Einführung der individuellen Berufsorientierung im Ausmaß von 5 Tagen pro Schuljahr für die Oberstufe in allen Schultypen
 - Schaffung eines Nationalen Qualifikationsrahmens als gemeinsamer Bezugspunkt für alle in Österreich vergebenen Bildungsabschlüsse
 - Fokus auf Förderung des lebensbegleitenden Lernens für die Generation 45+
- **Fairer Wettbewerb durch Stärkung der Wettbewerbsbehörden**
 - Neue Verjährungsregeln nach europäischem Vorbild, wonach qualifizierte Ermittlungshandlungen der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) die Verjährung unterbrechen; 10 Jahre absolute Verjährung.
 - Reform des Sachverständigenbeweises, indem das kartellrechtliche Sachverständigenwesen in das allgemeine Sachverständigenregime beim Handelsgericht Wien übergeführt wird.
 - Umsetzung der EU-Richtlinie Schadenersatz wegen Kartellrechtsverstößen in einem eigenen Abschnitt des Kartellgesetzes geregelt.
 - Verbesserte Transparenzregeln im Kartellverfahren, indem mehr Entscheidungen des Kartellgerichtes zu veröffentlichen sind und die Veröffentlichungsmöglichkeiten der BWB erweitert wurden; mehr Transparenz bei „Settlementverfahren“.
 - Bessere Ressourcenausstattung der BWB, wie in der Sozialpartnerstudie 2010 angeregt (Gesamtjahresbudget der BWB 4 bis 5 Millionen Euro bei ca. 40 - 50 Mitarbeitern).
 - KOG als 2. Tatsacheninstanz; indem der OGH auch Beschwerden gegen Tatsachenfeststellungen des Kartellgerichtes analog dem Strafprozess behandeln kann.
 - Stärkung der Ermittlungsbefugnisse der BWB, z.B. durch verbesserte Durchsuchungsmöglichkeiten elektronisch verarbeiteter Daten (Zugriffsprinzip).
- **Ausbildung bis 18**

Mit 1. August 2016 ist die Ausbildungspflicht bis 18 in Kraft getreten, die vorsieht, dass alle Jugendlichen bis zum Alter von 18 Jahren eine Ausbildung absolvieren müssen. Wesentlich für betroffene Jugendliche ist ein individueller Perspektiven- und Betreuungsplan, der mit dem Jugendlichen erarbeitet wird und diesem die nächsten Schritte sowie das Ziel aufzeigt. Sowohl bei der Gesetzesentstehung als auch bei der Entwicklung des Perspektiven- und Betreuungsplans waren die Sozialpartner eingebunden.

- **Lehrberufspaket 2016**

Das Lehrberufspaket 2016 wurde vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft am 30. Mai 2016 verordnet und trat mit 1. Juni 2016 in Kraft. Ziel ist die ausreichende Bereitstellung von Fachkräften in Österreich und die Schaffung eines attraktiven Ausbildungsangebotes für Lehrlinge. Das Lehrberufspaket 2016 beinhaltet insgesamt zehn neue bzw. modernisierte Ausbildungsordnungen.

- **Arbeitsmarktpaket 2016**

Im Herbst 2016 beschloss der Verwaltungsrat des AMS ein umfassendes Arbeitsmarktpaket. Das Arbeitsmarktpaket beinhaltet mehr Ressourcen für das Arbeitsmarktservice sowie zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen. Insgesamt hatte das Paket ein Volumen von 196 Mio. Euro. Das Paket umfasst:

- Eine befristete Erhöhung des AMS-Personals um 400 Planstellen.
- Im Rahmen dieses Pakets wurde der Ausbau der betriebsnahen Ausbildungsschiene „AQUA“ mit 6.500 zusätzlichen Teilnehmern 2017/18 beschlossen.
- Weiters wurde die Verlängerung des Impulsprogramms einschließlich einer Qualifizierungsförderung für Beschäftigte mit einer jährlichen Höchstgrenze von 20 Millionen Euro sowie die ausdrückliche Widmung von 2 Millionen Euro für zusätzliche Modellprojekte zur überregionalen Vermittlung beschlossen.
- Mit 1.1.2017 trat die Wiedereinführung der erweiterten Kurzarbeit ebenso wie die Weiterführung des Fachkräftestipendiums (NEU) in Kraft. Für die Dauer einer Fachkräfteausbildung (in einem Beruf mit Fachkräftemangel) wird die finanzielle Absicherung für bis zu drei Jahre gewährleistet (6.500 Ausbildungsplätze befristet bis Ende 2018).

- **Rechtssicherheit für Selbständige (Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetz)**

Eine richtungsweisende Einigung der Sozialpartner im August 2016 in Alpbach war die Grundlage für ein Gesetz zur besseren Abgrenzung zwischen Selbständigkeit und Unselbständigkeit. Die Regelungen treten per 1. Juli 2017 in Kraft und bringen mehr Klarheit für UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen.

Enthalten sind vier Kernelemente für mehr Rechtssicherheit:

- Die SVA (als zuständiger Versicherungsträger der Selbständigen) ist nunmehr bei der gemeinsamen Prüfung aller lohnabhängigen Abgaben (GPLA) stärker in die Verfahren mit den Gebietskrankenkassen eingebunden, wenn nicht klar ist, wohin ein Versicherter zugeordnet werden soll.
- Bei Neuanmeldung einer selbständigen Tätigkeit (als Neuer Selbständiger oder bei bestimmten freien Gewerben) erfolgt eine Prüfung anhand eines Fragebogens, ob eine selbstständige oder unselbstständige Tätigkeit vorliegt. Die Entscheidung ist für spätere Prüfungen bindend, solange sich der maßgebliche Sachverhalt nicht ändert.
- Die Versicherungszuordnung kann auch auf Antrag der versicherten Person oder ihres Auftraggebers festgelegt werden, wobei ebenfalls die SVA mitentscheidet.
- Im Falle einer Umwandlung mussten ArbeitgeberInnen (vormals AuftraggeberInnen) nach bisheriger Rechtslage Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge für die vergangenen 3 - 5 Jahre an die GKK nachzahlen. Die Neuregelung sieht vor, dass bereits entrichtete SVA-Beiträge in der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung direkt der GKK zu überweisen sind. Diese Beiträge sind auf die geschuldeten Beiträge anzurechnen. Die Beitragsschuld des neuen Arbeitgebers/der neuen Arbeitgeberin wird damit bedeutend verringert.

- **Weiterentwicklung des Grundsatzes Rehabilitation vor Pension sowie Etablierung von Frühinterventionsmaßnahmen**

Mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2016 und dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2017 hat die Bundesregierung viele Maßnahmenvorschläge der Sozialpartner zum Pensionsgipfel der Bundesregierung im Februar 2016 umgesetzt, um den Grundsatz „Rehabilitation und Reintegration in den Arbeitsmarkt vor Pension“ künftig erfolgreicher zu gestalten. Um die bisher bescheidenen Reintegrationserfolge vorübergehend arbeitsunfähiger Menschen zu verbessern, wurden folgende Maßnahmen gesetzlich verankert:

- Einführung von „Early Intervention“: Einladung von Versicherten durch die Krankenkassen zu einem Informationsgespräch über mögliche Unterstützungsleistungen bei einem mindestens 28 Tage dauernden Krankenstand.
- Bessere Verknüpfung von medizinischen und beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen.
- Durch die Schaffung einer neuen „medizinisch-beruflich orientierten Rehabilitation“ (MBOR) werden sich Rehabilitationsmaßnahmen stärker an der Arbeitswelt orientieren, da die konkreten beruflichen Tätigkeiten der Versicherten im Fokus stehen und die Rehabilitation in diesem Sinne auf die individuellen Bedürfnisse ausgerichtet wird.
- Präventive Rehabilitation: Ab 1.1.2017 haben auch Versicherte ohne Berufsschutz, die jedoch einmal eine Qualifizierung erworben haben, bei (drohender) Invalidität einen Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitationsmaßnahmen.

- **Wiedereingliederungsteilzeit**

Auf Basis einer Einigung der Sozialpartner 2016 wurde die Wiedereingliederungsteilzeit eingeführt: Ab 1.7.2017 haben Menschen nach längeren Krankenständen die Möglichkeit, (freiwillig) schrittweise wieder in den Beruf zurückzukehren. Die bisherige Normalarbeitszeit wird um mindestens 25 Prozent bis höchstens 50 Prozent für die Dauer von grundsätzlich sechs Monaten (einmalige Verlängerungsmöglichkeit um bis zu drei Monate) reduziert. In einem Wiedereingliederungsplan vereinbaren ArbeitnehmerIn und ArbeitgeberIn konkrete Ausgestaltung dieser Teilzeit. Die/Der ArbeitnehmerIn erhält neben dem aliquoten Entgelt von der/vom ArbeitgeberIn ein Wiedereingliederungsgeld von der Krankenversicherung und hat somit gegenüber einem Krankenstand finanzielle Vorteile. Das Modell schafft für alle Beteiligten Vorteile, da es ArbeitnehmerInnen schrittweise wieder zur vollen Leistungsfähigkeit heranführt, ArbeitgeberInnen wichtige Fachkräfte erhält und die Sozialsysteme entlastet (weniger Transferleistungen).

Tätigkeiten der Sozialpartner 2016

▪ **Bad Ischler Dialog 2016: „Migration und Integration“**

Im Rahmen des Bad Ischler Dialogs 2016 präsentierten die österreichischen Sozialpartner Vorschläge und Handlungsempfehlungen zum Thema „Migration und Integration“. In Expertenrunden wurde über volkswirtschaftliche Effekte, den Arbeitsmarkt, Bildung sowie die europäische Perspektive von „Migration und Integration“ diskutiert. In Bad Ischl wurden außerdem zwei Jubiläen begangen: das 70-jährige Bestehen der österreichischen Sozialpartnerschaft sowie 10 Jahre Bad Ischler Dialog.

▪ **Positionierung zum Thema „Integration“ und Teilnahme am Integrationsgipfel der Bundesregierung (26.4.2016)**

Die Sozialpartner haben in zwei Dokumenten (Positionspapier zum Integrationsgipfel der Bundesregierung am 26. April 2016 und Positionspapier zum Bad Ischler Dialog 2016) ein Bündel an Vorschlägen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung und Europa vorgelegt, die dazu beitragen sollen, die Chancen von Migration nutzen zu können und eine möglichst rasche Einbindung der Zuwanderinnen und Zuwanderer in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Dabei gilt es, insbesondere den sozialen Frieden und Zusammenhalt zu gewährleisten und das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern.

▪ **Deklaration der Sozialpartner: „Zukunft gemeinsam gestalten“**

Die österreichischen Sozialpartner haben ihr Bekenntnis zur zukünftigen Zusammenarbeit hinsichtlich der Bewältigung der großen Herausforderungen wie Klimawandel, demografische Entwicklung, geopolitische Veränderungen, Migration und Digitalisierung in einer Deklaration festgehalten und dazu Ziele und Handlungsfelder definiert. Die Deklaration wurde anlässlich des Bad Ischler Dialogs von allen Sozialpartnerpräsidenten unterschrieben.

▪ **Bildungsreform - Elementarpädagogikpaket: Kindergarten als Bildungseinrichtung stärken**

Auf Basis des sogenannten „Elementarpädagogikpakets“, das in der Einigung der Bildungsreformkommission enthalten war, haben die Sozialpartner und die IV gemeinsam ein detailliertes Umsetzungsprogramm erarbeitet. Dieses umfasst die folgenden Punkte: bundesweit einheitlicher Qualitätsrahmen, zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und Bildungskompass sowie Qualifikations- und Ausbildungsanforderungen für den elementarpädagogischen Bereich.

▪ **Treffen mit OECD-Generalsekretär Gurria am 7.11.2016**

Bei einem Treffen von OECD-Generalsekretär Angel Gurria mit Sozialpartner-Präsidenten bestärkte Gurria die beiden Sozialpartner-Präsidenten, den „international vorbildlichen Weg des sozialen Dialogs in Österreich weiterzugehen“. Mit dieser gemeinschaftlichen Vorgangsweise würden soziale Verwerfungen und wirtschaftliche Beeinträchtigungen vermieden.

▪ **Projekte zum Thema „Investitionen“**

Teilstudien der Sozialpartner zum WIFO-Projekt „Österreich 2025“ zu privaten und öffentlichen Investitionen.

▪ **Kollektivvertragsverhandlungen**

Im Rahmen der Sozialpartnerschaft werden die Kollektivverträge für knapp 98 Prozent der österreichischen Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft sowie der Land- und Forstwirtschaft geregelt bzw. verhandelt. Kollektivverträge werden auf Arbeitgeberseite in aller Regel vom jeweiligen Fachverband der Wirtschaftskammer bzw. den land- und forstwirtschaftlichen

Arbeitgeberverbänden und auf ArbeitnehmerInnenseite für den Österreichischen Gewerkschaftsbund von den Fachgewerkschaften abgeschlossen und regeln die wesentlichen Bestandteile von Arbeitsverträgen.

Beitrag der österreichischen Sozialpartner zu Wettbewerbsfähigkeit, stabiler Binnennachfrage, hoher Beschäftigung und sozialem Frieden

Durch die Kollektivverträge und weitere Formen des Interessenausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führt das Modell der Sozialpartnerschaft zu einem hohen Ausmaß an sozialem Frieden in Österreich. Dies äußert sich im Bekenntnis zu und der Realisierung einer gesamtwirtschaftlich verantwortungsvollen und produktivitätsorientierten Lohnpolitik, die Wettbewerbsfähigkeits- wie auch Binnennachfrageaspekte berücksichtigt. Dadurch trägt sie sowohl zu einer Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an der Wertschöpfung als auch zu einem geringen Streikausmaß bei.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2016

- **Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR)**

Der Nationale Qualifikationsrahmen ist per 15.3.2016 in Kraft. Kern dieses Gesetzes ist die Definition von Strukturen und Prozessen der Zuordnung von Bildungsabschlüssen („Qualifikationen“) zu acht Qualifikationsstufen. Der für Österreich neue Ansatz besteht darin, dass Abschlüsse aus allen Bildungsbereichen und auch sogenannte nicht-formale Qualifikationen einem einheitlichen Rahmen zugeordnet werden. Dem Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen kommt das Recht zu, Vertreterinnen und Vertreter für die entsprechenden Gremien zu entsenden.

2015

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2015

- **Senkung der Lohnnebenkosten**
 - Die Lohnnebenkosten werden zwischen 2016 und 2018 um fast 1 Mrd. Euro gesenkt. Das bedeutet die größte Lohnnebenkostensenkung der letzten Jahrzehnte.
- **Lohnverrechnung**
 - Vereinfachungen im Bereich der Lohnverrechnung betreffen ab 2016 die Harmonisierung des Dienstgeber- und Dienstnehmeranteils beim KV-Beitrag für ArbeiterInnen und Angestellte, die Reduktion der Beitragsgruppen für Lehrbetriebe und eine Harmonisierung in weiten Bereichen, was die Bemessungsgrundlage von Einkommensteuer und Sozialversicherung anbelangt.
- **Senkung der Verzugszinsen in der Sozialversicherung**
 - Die Verzugszinsen betragen 8 % zuzüglich des aktuellen Basiszinssatzes. Diese – im Vergleich zum Steuerrecht (2 % bis 4 %) – hohen Verzugszinsen belasteten Österreichs Wirtschaft. Ab 2017 werden diese Verzugszinsen auf 4 % + Basiszinssatz halbiert. Dadurch werden Österreichs Unternehmen entlastet.
- **Vereinfachung Arbeitszeitaufzeichnung**
 - Mit 2015 kommt es zu erheblichen Vereinfachungen bei den Arbeitszeitaufzeichnungen: Bei fixer Arbeitszeit kann die Aufzeichnung ganz entfallen, viel häufiger als bisher kann die Aufzeichnung von Ruhepausen entfallen und Saldenaufzeichnungen reichen aus.
- **Teilpension – erweiterte Altersteilzeit:**
 - Personen mit einem Anspruch auf Korridorpension, die ihre Arbeitszeitverpflichtung um 40 bis 60 Prozent reduzieren, können weiter teilerwerbstätig bleiben. Für den entfallenden Lohn bzw. Gehalt erhalten die ArbeitnehmerInnen einen Lohnausgleich vom/von der Arbeitgeber/in, der die Hälfte des Entgeltverlustes beträgt. ArbeitgeberInnen, die mit ihren ArbeitnehmerInnen eine Teilzeitvereinbarung schließen, erhalten die dadurch entstandenen Mehraufwendungen für den Lohnausgleich bis zur Höchstbeitragsgrundlage und für die höheren Sozialversicherungsbeiträge, die in voller Höhe weitergezahlt werden, zur Gänze ersetzt. Die Teilpension kann nahtlos an eine Altersteilzeit-Vereinbarung anschließen, jedoch nur dann, wenn eine kontinuierliche Arbeitszeitreduktion gewählt wurde. Die gemeinsame Höchstdauer für Altersteilzeit und Teilpension sind fünf Jahre.
- **Eingliederungsbeihilfe**
 - In der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden zusätzlich 350 Millionen Euro zur Arbeitsmarkt-integration insbesondere von Älteren und Asylberechtigten zur Verfügung stehen.

- **Bonus-Malus-System/Beschäftigung Älterer**
 - Es wird zunächst auf bewusstseinsbildende Maßnahmen gesetzt. Die Wirtschaftskammer wird nach einem branchenmäßigen Monitoring des Hauptverbandes über die entsprechende Beschäftigungslage diesbezüglich Betriebe beraten.
Verbessert sich die Arbeitsmarktlage für Ältere dennoch nicht, tritt mit 1.1.2018 ein Anreiz- und Sanktionsmechanismus in Kraft.
Für Betriebe über 25 MitarbeiterInnen, welche überdurchschnittlich viele Ältere beschäftigen, sinken die Lohnnebenkosten um weitere 0,1 % (Senkung des FLAF-Beitrags ab 1.1.2018 um 0,1 Prozentpunkte).
Für Betriebe, die unterdurchschnittlich Ältere beschäftigen, verdoppelt sich die Auflösungsabgabe (derzeit 118 Euro) im Kündigungsfall.

- **Mehr Flexibilität und Transparenz im Arbeitsrecht**
 - Die erlaubte Höchstarbeitszeit steigt von 10 auf 12 Stunden und für Lehrlinge ab dem 16. Lebensjahr auf 10 Stunden, wenn Reisezeiten vorliegen.

- **Entfall der täglichen Geringfügigkeitsgrenze**
 - Die Abschaffung der täglichen Geringfügigkeitsgrenze wurde per Gesetz bereits mit 1.1.2017 fixiert. Das bedeutet, dass für fallweise Beschäftigungen oder Beschäftigungen, die weniger als einen Monat dauern, künftig nur mehr die monatliche Geringfügigkeitsgrenze gilt.

- **Wohnbauoffensive**
 - Mit dem Bau von zusätzlich 30.000 Wohnungen soll eine zusätzliche Investitionstätigkeit von fast sechs Mrd. Euro initiiert werden.
Und auch der – über raschere Genehmigungen – angestrebte Ausbau der Elektrizitäts-Infrastruktur wird wichtige zusätzliche Investitionen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro in die Energiesicherheit Österreichs auslösen.
Auch die Ausweitung des Garantievolumens der aws-Förderbank um 100 Millionen Euro ab 2016 erleichtert Unternehmensinvestitionen.

- **Bildungsreform 2015**
 - Die Bundesregierung hat in der Bildungsreform 2015 in Umsetzung des Sozialpartnerpapiers „Bildungsfundamente“ ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr angekündigt.

- **Lehrberufspaket 2015**
 - Nach intensiver Vorarbeit der Sozialpartner im Bundes-Berufsausbildungsbeirat wurden 18 neue bzw. modernisierte Ausbildungsordnungen erlassen.
 - 26.05.2015
 - Inkrafttreten: 1. Juni 2015

- **Neues Vergaberecht (Vergaberechtsnovelle)**
 - Die Vergaberechtsnovelle bedeutet verbesserte Wettbewerbsbedingungen für KMU. Mit dem Fokus des Baubereichs wurden hier im Vorfeld gemeinsam mit den Sozialpartnern einige Klarstellungen vorgenommen. Verstärkung des Bestbieterprinzips und damit eine erhöhte Transparenz bei der Beschäftigung von Subunternehmen. Hand in Hand mit diesen Regelungen wurden Klarstellungen für die Unternehmen im Bereich der Lohn- und Sozialbetrugsbekämpfung erreicht. Durch diese Novelle werden Benachteiligungen für regionale KMU abgebaut.
 - Beschlussfassung der Novelle im Nationalrat: 10.12.2015
 - Inkrafttreten der Novelle: 1.3.2016

- **Reform Urheberrecht**
 - Eine Neuregelung der Speichermedienabgabe bringt umfangreiche Tarifkriterien und erstmals eine klare gesetzliche Beschränkung der Belastung für Unternehmen und KonsumentInnen durch die Einführung einer absoluten betragsmäßigen Obergrenze sowie von prozentuellen Grenzen.
 - Neuregelung des Filmurheberrechts durch Bündelung der Verwertungsrechte bringt Rechtssicherheit.
 - Mehr Transparenz.
 - In Kraft seit 1.10.2015.

- **Evaluierung und Bewertung der Sozialpartnerempfehlung Mehrweg (Zusatzvereinbarung 2011)**
 - Die Sozialpartnerempfehlung ‚Mehrweg‘ wurde im Sommer 2011 zwischen den Sozialpartnern abgeschlossen. Dem vorausgegangen war eine EntschlieÙung des Parlaments im Jänner 2011, in der die Sozialpartner um Vorschläge zur Förderung von Getränkemehrwegsystemen ersucht wurden. Da keine politische Einigung über eine gesetzliche Lösung zur Förderung von Getränkemehrwegsystemen erzielbar war, haben sich die Sozialpartner darauf verständigt, das Thema Förderung von Getränkemehrwegsystemen in die bestehende Nachhaltigkeitsagenda für Getränkeverpackungen als Zusatzvereinbarung zu integrieren.
 - Kernziel der Zusatzvereinbarung ist die Stabilisierung des MW-Anteils auf dem Niveau von 2010 und die Förderung von Getränkemehrwegsystemen vor allem im Lebensmitteleinzelhandel.
 - Es konnte mit den verschiedenen gesetzten Maßnahmen (wie z.B. Attraktivierung des Mehrwegangebotes im Lebensmitteleinzelhandel, Bewerbung von Mehrweggebinden, direkte Gespräche mit großen Handelsunternehmen etc.) erreicht werden, dass die Mehrwegquote stabilisiert bzw. wieder leicht positiv ausfällt.
 - Positiv ist weiters festhalten, dass die damals höchst polarisierten öffentlichen Debatten versachlicht werden konnten.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2015

- **Bad Ischler Dialog 2015: Digitale Wirtschaft und Arbeitswelt**
 - Papier und Handlungsempfehlungen der österreichischen Sozialpartner zum Thema: „Digitale Wirtschaft und Arbeitswelt“
- **10-Punkte-Programm der österreichischen Sozialpartner zur erforderlichen Umgestaltung und Weiterentwicklung der Elementarbildung**
 - Erarbeitung und Präsentation eines 10-Punkte-Programms
 - Pressekonferenz am 23.9.2015
- **Präsentation einer Resolution anlässlich des Festaktes „20 Jahre ArbeitnehmerInnenschutzgesetz“**
 - Anlässlich des Festaktes „20 Jahre ArbeitnehmerInnenschutzgesetz“ am 9.11.2015 wurde eine Resolution präsentiert mit dem Ziel, die Risiken für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie von arbeitsbedingten Gesundheitsgefährdungen zu minimieren.
- **Pensionsseminar der Sozialpartner**
 - Im September 2015 hat unter Teilnahme der GeneralsekretärInnen der Sozialpartner sowie ExpertInnen der Organisationen ein Pensionsseminar stattgefunden. VertreterInnen des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie der Pensionsversicherungsanstalt präsentierten aktuelle Zahlen, Daten und Fakten. Auf dieser Grundlage diskutierten die Sozialpartner das österreichische Pensionssystem und notwendige Reformmaßnahmen.
- **Treffen der österreichischen Sozialpartner mit EK Vizepräsident Valdis Dombrovskis**
 - Vizepräsident der EU-Kommission (Sozialer Dialog und Euro) in Wien am 2.10.2015 mit dem Schwerpunkt auf die länderspezifischen Empfehlungen für Österreich.
- **„Best-Practice-Beispiele in Kollektivverträgen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern“**
 - Best-Practice-Sammlung der österreichischen Sozialpartner
- **Lehrbetriebsförderungen**
 - Nach Einigung im Förderausschuss wurden die personenbezogenen und betriebsbezogenen Deckelungen deutlich erhöht.
 - Inkrafttreten: 1. Jänner 2016

2014

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2014

- **Mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktförderung**
 - Die Mittel für die direkte Arbeitsmarktförderung wurden aufgestockt. Von 2014 bis 2016 gibt es zusätzlich rund 370 Millionen Euro, die zur Förderung der Beschäftigung von Arbeitssuchenden über 50 Jahre eingesetzt werden.
- **Eingliederungsbeihilfe verbessert**
 - Lohnkostenzuschuss für jene neu eingestellten ArbeitnehmerInnen, die zuvor arbeitslos waren. 2014 wurde beschlossen, dass AbsolventInnen von Schulen und Universitäten ohne ausreichende Praxis und alle arbeitslosen Männer und Frauen ab 45 Jahren förderbar sind.
- **Beihilfe zu Deckung des Lebensunterhalts**
 - Deutliche Aufwertung dieser Beihilfe zur Vermeidung des Abbruchs längerdauernder Ausbildungen durch Arbeitssuchende aus finanziellen Gründen.
- **Lehrberufe kontinuierlich weiterentwickelt**
 - Lehrberufe werden von den Sozialpartnern kontinuierlich weiterentwickelt und neue Lehrberufe geschaffen. Beispiele sind Lehrberufe in Elektrotechnik, Glasbautechnik, Bekleidungsgestaltung, Gießereitechnik, Einzelhandel usw.
- **Mehr Mittel für schulische Ganztagsbetreuung**
 - Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde 2014 beschlossen, die bisher vorgesehenen Mittel in Höhe von 80 Millionen Euro pro Jahr auf 160 Millionen Euro zu verdoppeln, um so das Angebot der schulischen Tagesbetreuung in Zusammenarbeit mit den Ländern bedarfsorientiert und flächendeckend auszubauen. Die Betreuungsplätze werden damit von derzeit rund 119.000 auf 200.000 (bis 2018/2019) steigen.
- **Vereinfachung der Arbeitszeitaufzeichnungen**
 - Das mit 1.1.2015 in Kraft getretene Arbeits- und Sozialrechtsänderungsgesetz 2014 brachte Erleichterungen bei den Arbeitszeitaufzeichnungen (bei fixen Arbeitszeiten, erweiterte Möglichkeiten der Saldenaufzeichnungen etc.). Dies bedeutet einen deutlichen Bürokratieabbau und eine Kostenersparnis für Unternehmen von etwa 25 Millionen Euro. ArbeitnehmerInnen haben nunmehr das Recht, dass ihnen auf Verlangen Arbeitszeitaufzeichnungen übermittelt werden. Kommt der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nach, führt dies zur Hemmung von Verfallsfristen.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2014

- **Bad Ischler Dialog 2014: „Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum für Österreich und Europa“**
 - Bad Ischl-Papier und gemeinsame Positionierung zum Thema: „Industriepolitik vor dem Hintergrund klima- und energiepolitischer Zielsetzungen“
- **EU-Wahl 2014: Wahlaufruf und Informationsoffensive: „EUROPA - was ist jetzt?“**
 - Informationsoffensive der österreichischen Sozialpartner mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).
 - Ziel der Projekte war eine Informationsbereitstellung über die EU-Wahlen am 25. Mai 2014 sowie eine Diskussion mit der österreichischen Jugend über europäische Entwicklungen.
 - Durchgeführt von Dezember 2013 bis Mai 2014.
- **Kooperationsangebot der österreichischen Sozialpartner an Frankreich beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit, 16./17.1.2014**
 - Zusammentreffen des französischen Premiers Jean-Marc Ayrault mit Präsident Christoph Leitl, Präsident Erich Foglar und Bundesminister Rudolf Hundstorfer. Vereinbart wurde eine intensive Zusammenarbeit bei Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und Hilfestellungen bei der Implementierung des österreichischen dualen Ausbildungssystems in Frankreich.
 - Ergebnisse:
 - Die EU-Kommission stimmte einer Finanzierung des bilateralen Projekts „Lehrlings- und Lehrlingsausbildneraustausch“ Mitte Mai 2014 durch das EU-Programm Erasmus+ zu.
 - Lehrlingsaustausche zwischen Österreich und Frankreich wurden im November 2014 begonnen und werden 2015 fortgesetzt.
 - Am 11.12.2014 organisierte die französische Botschaft gemeinsam mit dem französischen Senat ein österreichisch-französisches Kolloquium zum Thema Berufsausbildung und Lehre.
- **Sozialpartner-Initiative „Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze“ – Best- statt Billigstbieterprinzip, 15.4.2014**
 - Im Rahmen dieser Initiative erarbeiteten die Sozialpartner einen Sechs-Punkte-Forderungskatalog. Gefordert wurden u.a. eine Adaptierung des Vergaberechts sowie eine Novellierung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes. Die Novellierung des LSBG zur verbesserten Behördenzusammenarbeit und zur Einbeziehung aller Lohnbestandteile in die Beurteilung der Frage, ob Lohndumping vorliegt, ist bereits erfolgt.
- **Präsentation einer WIFO-Studie: Österreichs Sozialpartnerschaft ist ein nachhaltiges Erfolgsmodell, 27. August 2014**
 - Präsident Christoph Leitl, Präsident Rudi Kaske und der Leiter des WIFO, Karl Aiginger, präsentieren die WIFO-Studie zur makroökonomischen Performance sozialpartnerschaftlicher Modelle im Europavergleich.

- **Gipfel der Regierungsspitze mit den Sozialpartnern und der Industriellenvereinigung über Lehrlinge, Bildungs- und Ausbildungsreformen sowie über die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Ukraine-Krise am 10.9.2014**
 - Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen Möglichkeiten für Auszubildende weiter verbessert werden. Zu den Projekten zählen u.a. eine Ausweitung des Lehrlings-coachings, das Festhalten an der Ausbildungsgarantie und überbetrieblicher Lehrwerkstätten sowie das Projekt "Lehre mit Matura/Matura mit Lehre".
- **Gespräche mit dem Bildungsministerium bezüglich der Umsetzung des Faches „Berufsorientierung“ auch in der AHS ab der 7. Schulstufe.**
 - Eine Umsetzung von Berufsorientierung als verpflichtender Gegenstand in allen Schularten wurde für 2015 in Aussicht gestellt: Entsprechende Verhandlungen laufen.
- **Sozialpartner-Briefe zu EU-Klima- und Energiepolitik im Vorfeld der Treffen des Europäischen Rats im März und Oktober 2014**
 - Im Vorfeld der Treffen des Europäischen Rats im März und Oktober 2014 haben die Sozialpartner sowie die Industriellenvereinigung eine gemeinsame Position zu den Klima- und Energiezielen der EU an die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung übermittelt. Die Sozialpartner und die IV sprechen sich u.a. dafür aus, dass auch für den Zeitraum 2020 bis 2030 die Klima- und Energiepolitik drei realistische Ziele umfasst (Verringerung der Treibhausgasemissionen, Anteil der erneuerbaren Energie am Energieverbrauch und Steigerung der Energieeffizienz). Allerdings war die Unterstützung eines ambitionierten CO₂-Reduktionsziel an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft.
- **Gemeinsamer Brüssel-Besuch der Sozialpartner-Präsidenten zum Thema Wachstum und Beschäftigung in Europa, 4.12.2014**
 - Präsentation eines gemeinsamen Papiers bei Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und ausgewählten EntscheidungsträgerInnen in Brüssel sowie Pressekonferenz. Thema: Nachschärfungen der Europa 2020-Strategie, Investitionspaket, Jugendbeschäftigung

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2014

- **Tagung anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zum Thema „Den Wandel gestalten“, 31.3. – 1.4.2014**
- **Beiratsstudie Nr. 87 „Effizienz – Rechtsstaatlichkeit - Transparenz im österreichischen Wettbewerbsrecht“**
 - Mit dieser Studie haben die österreichischen Sozialpartner die Vorgängerstudie (Nr. 84 Zukunft der Wettbewerbspolitik in Österreich, 2010) hinsichtlich ihrer Umsetzung evaluiert und weitere Vorschläge zur Modernisierung und Verbesserung des Wettbewerbsvollzugs in Österreich erstattet. Die Studienpräsentation erfolgte am 22.9.2014 in der Bundesarbeitskammer. Diese Studie bereitete die Kartellrechtsreform 2017 umfassend vor.

2013

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2013

- **Ausbau der Eingliederungsbeihilfe**
 - Einigung über den Ausbau der Eingliederungsbeihilfe ab 2014 und auf neues Kombilohnmodell, bei beiden wird die Altersgrenze der Zielgruppe von 50+ auf 45+ herabgesetzt.
- **Pflegeteilzeit und Pflegekarenz**
 - Unter Mitwirkung der Sozialpartner eingeführt. Pflegende ArbeitnehmerInnen haben ab 1. Jänner 2014 die Möglichkeit, mit ihrem Arbeitgeber/ihrer Arbeitgeberin eine Pflegekarenz bzw. Pflegeteilzeit für eine Dauer von einem bis drei Monaten zu vereinbaren.
- **Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen**
 - Im Konjunkturpaket der Regierung ist vorgesehen, dass die Hälfte der ab 2014 zugesagten 100 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung auf 2013 vorgezogen werden. Dieser Schritt wirkt nicht nur konjunkturfördernd, sondern ist auch eine wesentliche Basis für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die frühkindliche Bildung und Förderung. Die Sozialpartner setzen sich bereits seit langem intensiv für den Ausbau eines flächendeckenden, qualitativvollen und leistbaren Kinderbetreuungsangebots – vor allem für unter 3-Jährige – ein.
- **Aufnahme folgender bildungspolitischer Sozialpartner-Vorschläge ins Regierungsübereinkommen:**
 - Ausbau von Forschung, Fort- und Weiterbildung in der Elementarpädagogik
 - Verbesserung der Kooperation Kindergarten-Volksschule
 - Fokussierung der Volksschule auf Grundkompetenzen bzw. Kulturtechniken
 - Berufs- und Bildungswegorientierung für alle 10- bis 14-Jährigen
 - Ausbau ganztägiger, verschränkter Schulformen
 - Stärkung der Schulautonomie
 - Genereller Fokus auf Begabungs- und Talentförderung
 - Ausbau der FH-Plätze
- **Bundesweiter Kollektivvertrag für private Kuranstalten und Rehabilitationsbetriebe**
 - Im Jahr 2013 wurde erstmalig ein bundesweiter Kollektivvertrag für private Kuranstalten und Rehabilitationsbetriebe abgeschlossen. Der Kollektivvertrag tritt am 1.12.2013 (Laufzeit des lohn- und gehaltsrechtlichen Teiles ist bis 30.9.2014) in Kraft.
- **Arbeitszeitflexibilisierung im Handel**
 - Ab September 2013 können Handelsangestellte jeden Samstag arbeiten, wenn ihnen dafür fünf 3-Tage-Wochenenden im Zeitraum von 6 Monaten gewährt werden. Diese Regelung muss in der Betriebsvereinbarung oder vertraglich vereinbart werden.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2013

- **Bad Ischler Dialog 2013: „Perspektiven für die Jugend“**
 - Jugendthemen wurden in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. Dokumentation der Bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Positionen der österreichischen Sozialpartner und Erarbeitung von Empfehlungen und Forderungen.
- **Vorschläge zur Anhebung des faktischen Pensionsalters**
 - Evaluierung der Umsetzung der Vorschläge zur Anhebung des faktischen Pensionsalters im Sozialpartnerpapier des Bad Ischler Dialogs 2011 (laufender Prozess).
- **„Arbeitswelt altersgerecht gestalten!“**
 - Veranstaltung zum Thema „Arbeitswelt altersgerecht gestalten!“ am 18.4.2013 in Eisenstadt.
- **„Flexibler Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach längerer Arbeitsunfähigkeit“**
 - Sozialpartnerverhandlungen zum Thema „Flexibler Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach längerer Arbeitsunfähigkeit“.
- **„Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte Bildungsreform“**
 - Die Sozialpartner präsentieren gemeinsame Vorschläge für eine zukunftsorientierte Bildungsreform mit dem Schwerpunkt Reform der neunten Schulstufe. Die Sozialpartner treten für eine Bildungsreform auf Basis eines umfassenden nationalen Konsenses ein. Das gemeinsame Papier versteht sich als Einstieg in eine entsprechende Diskussion, wie die Talente und Fähigkeiten der Jugend bestmöglich entwickelt und gefördert werden können.
- **“Karriere mit Lehre! Auch für Mädchen?“**
 - “Karriere mit Lehre! Auch für Mädchen?“ war das Motto eines Gipfels der Sozialpartner am 18.3.2013. Nach wie vor sind Mädchen und junge Frauen bei Bildungswegen und Bildungschancen benachteiligt. Oft fehlt es an zielgruppengerechter Beratung, oft an den nötigen Rahmenbedingungen und oft auch am Mut, sich in einem Beruf, der nicht klassisch in das Rollenbild passt, eine Berufskarriere vorzustellen. Mit dieser Veranstaltung haben sich die österreichischen Sozialpartner zum Ziel gesetzt, dieses Thema in den Vordergrund zu stellen. In Zukunft muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Mädchen im gesamten Spektrum der Lehrberufe vertreten sind.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2013

- **Beiratsstudie Nr. 86 „Innovation und Investition“**
 - Im Dezember 2013 stellten die Sozialpartner die Beiratsstudie Nr. 86 „Innovation und Investition“ im Rahmen einer Enquete auf ExpertInnenebene vor.

2012

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2012

- **Gesundheitsreform**
 - Die von den Sozialpartnern verwaltete Sozialversicherung war der wesentliche Motor der vorliegenden Vereinbarung zur Gesundheitsreform. Die Vertragsparteien kommen darin überein,
 - eine gemeinsame integrierte und sektorenübergreifende Planung und Steuerung im Gesundheitssystem sicherzustellen,
 - den Grad der Verbindlichkeit in der Gesundheitsplanung auf Länderebene durch wechselseitige Abstimmung der intra- und extramuralen Versorgungsplanung zu erhöhen und
 - eine sektorenübergreifende Finanzierung aufzubauen.
- **ArbeitnehmerInnenschutz**
 - Unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialpartner wurde im ArbeitnehmerInnenschutz eine Einigung erzielt, die psychische Gesundheit und die Prävention von arbeitsbedingten Belastungen stärker betont. Unter Gefahren und Gesundheit sind nun ausdrücklich die psychischen Belastungen und psychische Gesundheit zu verstehen. Je nach gegebener Gefährdungs- und Belastungssituation sind sonstige Fachleute, insbesondere jedoch ArbeitspsychologInnen, zu beschäftigen.
- **Wettbewerbsrecht**
 - Mit der Reform des Wettbewerbsrechts (KaWeRÄG 2012), die mit 1. März 2013 in Kraft getreten ist, wurden zu einem erheblichen Teil Vorschläge der Sozialpartner aus der Beiratsstudie Nr. 84 „Zukunft der Wettbewerbspolitik in Österreich“ aufgegriffen.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2012

- **Bad Ischler Dialog 2012: „Zukunft Europa“**
 - Diskussion hochkarätiger VertreterInnen aus dem Kreis der österreichischen und europäischen Politik, der Sozialpartnerverbände, der Wissenschaft und der Medien über die gegenwärtigen großen Herausforderungen Europas und wie sie zu bewältigen sind. Vor diesem Hintergrund präsentierten die Sozialpartner ein umfassendes Positionspapier.
- **Bildungspolitischer Dialog am 25.1.2012**
 - Mit den Ministerien für Wirtschaft, Soziales, Bildung und Wissenschaft veranstalteten die Sozialpartner einen bildungspolitischen Dialog zum Thema „Duale Ausbildung fit für die Zukunft machen“.
- **Veranstaltung „Arbeitswelt altersgerecht gestalten!“ im Rahmen des Europäischen Jahr des aktiven Alterns 2012**
 - Veranstaltung zum Thema „Arbeitswelt altersgerecht gestalten!“ am 26.4.2012 in Salzburg.

- **Enquete „Integration – Migration“**
 - Am 21.5.2012 veranstalteten die Sozialpartner eine Enquete zum Thema „Integration – Migration“, bei der sie auch eine gemeinsame Studie präsentierten.
- **Treffen von Sozialpartner-Präsidenten mit Kommissionsmitgliedern**
 - Gemeinsame Reise von Präsidenten der Sozialpartner nach Brüssel am 19.10.2012 mit Übergabe des Sozialpartnerpapiers von Bad Ischl „Zukunft Europa“ an mehrere Kommissionsmitglieder.
- **Positionspapier „Europäische Wirtschaftspolitik zum Abbau der Ungleichgewichte“**
 - Präsentation im Rahmen eines WIFO-Stakeholder Forums zum Projekt „WWW for Europe“ am 15.11.2012.
- **Treffen von Sozialpartner-Präsidenten mit französischen RegierungsvertreterInnen**
 - Treffen der Sozialpartner-Präsidenten mit französischen RegierungsvertreterInnen am 19.11.2012 in Paris zum Thema Jugendbeschäftigung.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2012

- **Beiratsstudie Nr. 85: „Migration und Integration“**
 - Im Mai 2012 stellten die Sozialpartner-Präsidenten die Beiratsstudie Nr. 85 „Migration und Integration“ im Rahmen einer Enquete vor.
- **Beiratpapier: „Europäische Wirtschaftspolitik zum Abbau der Ungleichgewichte“**
 - Das Beiratpapier „Europäische Wirtschaftspolitik zum Abbau der Ungleichgewichte“ wurde im November 2012 im Rahmen eines Workshops im WIFO präsentiert und diskutiert.
- **Enquete „Der Einfluss der Finanzmärkte auf die Rohstoffpreise“**
 - Als Follow-up der Aktivitäten der Arbeitsgruppe „Österreich und die internationale Finanzkrise“ organisiert.

2011

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2011

- **Rot-Weiß-Rot-Karte**
 - Mit der Rot-Weiß-Rot-Karte ist das rechtliche Regelwerk für attraktivere Rahmenbedingungen für qualifizierte ZuwanderInnen geschaffen. Damit wird statt durch starre Quoten die Arbeitsmigration anhand von qualitativen Kriterien geregelt, wodurch die Attraktivität Österreichs für qualifizierte Zuwanderung gesteigert wird. Der entsprechende Gesetzesbeschluss trat mit 1. Juli 2011 in Kraft.
- **Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSDB-G)**
 - Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSDB-G) trat am 1.5.2011 auf der Grundlage einer Einigung der Sozialpartner in Kraft. Das Gesetz zielt darauf ab, gleiche Lohnbedingungen für alle in Österreich tätigen ArbeitnehmerInnen zu schaffen und enthält insbesondere Bestimmungen zur Kontrolle der Einhaltung des geltenden Grundlohns sowie Sanktionen im Fall von Unterschreitungen des Grundlohns.
- **Einigung auf Tourismuskontingent für Winter 2011/2012**
 - Wirtschaftskammer, Gewerkschaft vda und Arbeitsministerium haben sich auf das Winterkontingent 2011/2012 für Saisoniers aus Drittstaaten geeinigt. Dabei wurde berücksichtigt, dass der österreichische Arbeitsmarkt seit 1. Mai 2011 für die EU-25 geöffnet ist. Neben dem Kernsaisonkontingent stehen den heimischen Betrieben 1.500 registrierte Drittstaaten-Arbeitskräfte zur Verfügung. Diese können von den heimischen Tourismusbetrieben ohne weitere Arbeitsmarktprüfung beschäftigt werden.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2011

- **Bad Ischler Dialog 2011: Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arbeitsmarkt und soziale Systeme**
 - Im Rahmen des Bad Ischler Dialogs präsentierten die Sozialpartner Maßnahmen, um das faktische Pensionsantrittsalter zu erhöhen. Neben einem Kombilohn schlagen die Sozialpartner als neue Maßnahme beispielsweise die Möglichkeit einer Teilpension ab dem Alter von 62 vor. Zudem wurde ein Prämienmodell für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen erarbeitet: Menschen, die einen Pensionsbescheid in Händen halten, sollen eine Prämie bekommen, wenn sie länger arbeiten. Zur Vermeidung von Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit wird die Frühintervention bei mehr als 40 Krankenstandstagen vereinbart. Der Grundsatz der Rehabilitation und Integration statt Pension soll verstärkt werden.
- **Bildungsgipfel 2.2.2011 mit den MinisterInnen für Bildung und Wissenschaft**
 - Gemeinsame Unterzeichnung einer Punktation zur künftigen Bildungsstrategie.
 - Die österreichischen Sozialpartner haben gemeinsam mit der IV ein Konzept für einen „Bildungsdialog“ erarbeitet, in dem sie ihre gemeinsamen Positionen dazu formulieren. Dabei sind sich die Sozialpartner einig, dass es für den Wirtschaftsstandort Österreich ganz entscheidend ist, das Potenzial und die Talente aller in Österreich lebenden jungen Menschen bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. Wichtig ist diesbezüglich die

Einpassung der Vorschläge des „Bildungsdialogs“ zur Schulreform in ein bildungspolitisches Gesamtkonzept. Die Sozialpartner fordern z.B. eine PädagogInnen-ausbildung NEU, ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für neu eintretende Lehrkräfte, eine Weiterentwicklung der österreichweiten Schulaufsicht, eine Sprachförderung bereits im Kindergarten, den Ausbau der Neuen Mittelschule, den Ausbau ganztägiger Schulangebote mit verstärkter Förderung, eine studienplatz-bezogene Finanzierung der Universitäten und einen Hochschulplan sowie eine Qualitätssicherungsinitiative im Hochschulwesen.

- **Sozialpartnereinigung zum Thema Mehrweggetränkeverpackungen inkl. Brief an zuständige Regierungsmitglieder**
 - Die Sozialpartner schlagen ein breites Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Performance von Getränkeverpackungen vor. Im Mittelpunkt stehen die Attraktivierung von Mehrwegflaschen, die Steigerung der Recyclingquoten bei Metall-dosen und PET-Gebinden und die Bekämpfung des Wegwerfens von Müll in öffent-lichen Räumen und in der Natur. Damit erfüllen die Sozialpartner das Ersuchen des Parlaments vom Jänner 2011, zu diesen umstrittenen Themen Konsensvorschläge vorzulegen.
- **Bildungspolitischer Dialog 28.6.2011: Schwerpunktthema Hochschulbildung**
- **Sozialpartnereinigung zum Thema Schließung der Kyoto-Lücke plus Brief an zuständige Regierungsmitglieder**
- **Gemeinsame Internetplattform der Sozialpartner für Bewusstseinsbildung und Austausch guter Praktiken**
 - www.arbeitundgesundheit.at: Plattform für betriebliche Gesundheitsförderung und ArbeitnehmerInnenschutz
 - www.arbeitundalter.at: Plattform für altersgerechte Arbeitsorganisation
 - www.arbeitundbehinderung.at: Plattform für Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2011

- **Enquete Finanzmarktregulierung**
 - Bei der Enquete Finanzmarktregulierung am 10.5.2011 schlagen die Sozialpartner als eine Maßnahme, um unkontrollierte Spekulationen und unregulierte Finanzmärkte zu vermeiden, die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer vor.
- **Positionspapier „Öffnung der Haushaltsverpackungssammlung für Wettbewerb“**
 - Die ständige Arbeitsgruppe „Umweltpolitik“ erarbeitete ein gemeinsames Positionspapier zum Thema „Öffnung der Haushaltsverpackungssammlung für Wettbewerb“.

2010

Tätigkeiten der Sozialpartner 2010

- **Bad Ischler Dialog 2010: „Wachstum – Beschäftigung – Integration“**
 - Im Rahmen des Bad Ischler Dialogs präsentieren die Sozialpartner ein umfassendes Paket, das Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping und Vorschläge für künftige Zuwanderung – Stichwort „Rot-Weiß-Rot-Karte“ – enthält.
- **Positionspapiere „Chancen für Frauen“ und „Verwaltungsreform“**
 - Positionspapiere zu den Themen „Chancen für Frauen“ sowie „Verwaltungsreform“, welche den zuständigen politischen Ebenen als Input für deren Strategien zugeleitet wurden.
- **WAGE-Netzwerk „Älter werden. Zukunft haben!“**
 - WAGE ist ein oberösterreichisches Netzwerk, welches aus dem EU-Projekt WAGE (Winning Age, Getting Future) entstanden ist und im Sinne der Nachhaltigkeit weiter geführt wird. Im Vordergrund stehen Service und Beratung von älteren ArbeitnehmerInnen und Unternehmen. Träger sind die Sozialpartner, das Land Oberösterreich sowie 17 weitere Partner.
- **Väterkarenz**
 - Informationsoffensive der Sozialpartner sowie von BKA und BMASK zu den Themen Veränderung der Unternehmenskultur und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen.
- **Nationale Strategie zum Lebenslangen Lernen**

Das 2007 verabschiedete Papier „Chance Bildung - Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Lissabon-Strategie“ wurde im Jahr 2010 neuerlich im Beirat behandelt und erfolgreich als Grundlage für die in Folge (2011) von der österreichischen Bundesregierung verabschiedeten „Strategie zum lebensbegleitenden Lernen“ eingebracht.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2010

- **Beiratsstudie Nr. 83 „Österreich und die internationale Finanzkrise“**
 - Die Studie wurde vom Beirat präsentiert.
- **Beiratsstudie Nr. 84 „Zukunft der Wettbewerbspolitik in Österreich“**

In dieser Wettbewerbsstudie erhoben die österreichischen Sozialpartner den Anpassungsbedarf der österreichischen Kartellrechtsordnung und leiteten daraus konkrete Forderungen zur Reform des materiellen wie des Verfahrensrechtes ab. Die Studie wurde im Rahmen einer Enquete in der Oesterreichischen Nationalbank vorgestellt. Diese Studie bereitete die Kartellrechtsreform 2013 umfassend vor.

2009

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2009

- **Ausbildungsgarantie für Lehrstellensuchende**
 - Mit der Umsetzung der Ausbildungsgarantie für Lehrstellensuchende wird der dritte entscheidende Punkt des Lehrlingspakets der Sozialpartner umgesetzt. Das von den Sozialpartnern geschnürte Maßnahmenpaket sieht neben einer umfassenden Ausbildungsgarantie und neu geregelten Lehrstellenförderungen auch unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit einer außerordentlichen Lösung von Lehrverträgen vor.

- **Einigung auf flexiblere Kurzarbeitsregeln**
 - Die Sozialpartner ziehen im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und steigende Arbeitslosenzahlen an einem Strang und haben sich auf flexiblere Kurzarbeitsregeln geeinigt. Im Zentrum steht das Bekenntnis zu einer unbürokratischen, raschen und industrie- und KMU-freundlichen Umsetzung.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2009

- **Bad Ischler Dialog 2009: „Wege aus der Krise“**
 - Im Rahmen des Bad Ischler Dialogs haben die Sozialpartner 15 gemeinsame Vorschläge zur Reform der Finanzmärkte vorgelegt. Die Sozialpartner treten dafür ein, dass sich der Finanzsektor wieder auf seine Kernfunktion besinnen muss, nämlich auf die Finanzierung langfristiger Investitionen von realwirtschaftlichen Unternehmen bzw. Konsumkrediten. Des Weiteren empfehlen die Sozialpartner die Gründung einer europäischen Ratingagentur, eine Verbesserung der Eigenmittel von Banken und die Koppelung von Finanzprodukten an Mindestsicherheitsstandards. Erklärtes Ziel der Sozialpartner ist nachhaltiges Wachstum.

- **Sozialpartner fordern Maßnahmen auf europäischer Ebene, die eine Wiederholung der Wirtschaftskrise verhindern sollen**
 - Die Sozialpartner-Präsidenten haben José Manuel Barroso und EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek konkrete Vorschläge für eine effiziente und effektive Regulierung der Finanzmärkte und zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft präsentiert. Laut Sozialpartner-Präsidenten bedürfe es einer gezielten Wachstumsstrategie auf europäischer Ebene. So könnten die Einnahmen der EU aus Wettbewerbsverstößen in einen Garantiefonds für Wachstumskapital für innovative KMU fließen. Des Weiteren wird eine Finanztransaktionssteuer gefordert.

- **Sozialpartner bei Kommissar Almunia: EU muss Weichen für Aufschwung stellen**
 - Konkrete Vorschläge zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie zu einer stärkeren Neuausrichtung der EU in Richtung Wachstum, Beschäftigung und „green jobs“ präsentierten die Präsidenten der österreichischen Sozialpartner beim Treffen mit EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquin Almunia sowie Mario Sepi, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Gefordert wurden Maßnahmen für unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen, eine Forcierung von Innovationskraft und Qualifikation, eine Stärkung der Binnennachfrage sowie einen Ausbau der Ökostromerzeugung, eine Umstellung der Wärmeversorgung sowie ein Vorantreiben von Biotreibstoff.

- **Sozialpartner fordern nachdrücklich ganzheitliches Bildungssystem ein**
 - In einer gemeinsamen Sozialpartner-Presskonferenz betonen die Sozialpartner-Präsidenten die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Reform des Bildungssystems. Es sollen die Weichen gestellt werden in Richtung einer echten Strategie des lebenslangen Lernens, eines nationalen Qualifikationsrahmens, einer stärkeren Betonung der neuen Mittelschule und einer neu aufgestellten Schulverwaltung.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2009

- **Positionspapier „Post-Lissabon“**
 - Der Beirat erarbeitete ein gemeinsames Sozialpartner-Positionspapier zu „Post-Lissabon“, also zum Follow-up der 2010 auslaufenden Lissabon-Strategie der EU.
- **Positionspapier „Reform des Gesundheitssystems“**
 - Ein Positionspapier zur Reform des Gesundheitssystems wurde zur weiteren Diskussion der politisch zuständigen Ebene übergeben.
- **Sozialpartner präsentieren „Weißbuch“ zur österreichischen Energiepolitik**
 - Den Herausforderungen in der Energiepolitik begegnen die Sozialpartner mit einem „Weißbuch“ zur Energiepolitik (**Beiratsstudie Nr. 82**). Dieses formuliert in allen relevanten Bereichen – von der Energieeffizienz über die erneuerbaren Energieträger bis hin zu Infrastrukturausbau, Energieaußenpolitik und Technologiepolitik – konkrete Handlungsempfehlungen, die auf einem breiten Konsens der vier Sozialpartner und der Industriellenvereinigung beruhen. Drei unverzichtbare Bausteine sind ein massiver Ausbau der Gebäudesanierung, eine Ausweitung der betrieblichen Umweltförderung und eine Verstärkung der Forschungs- und Technologieförderung.

2008

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2008

- **Bundesregierung setzt Sozialpartner-Einigung zur „Auftraggeberhaftung“ um**
 - Im Ministerrat wurde die sogenannte „Auftraggeberhaftung“ beschlossen. Damit wurde der Vorschlag der Sozialpartner vom Herbst 2007 umgesetzt, womit ein fairer Wettbewerb in der Baubranche sichergestellt wird. Bisher tauchten am Bau immer wieder Subunternehmen auf, welche die ArbeitnehmerInnen zwar bei der Sozialversicherung anmelden, aber nie Beiträge oder Steuern bezahlen. Werden diese Subunternehmen dann etwa von der Krankenkasse in den Konkurs „geschickt“, entstehen sie unter anderem Namen neu. Für Betriebe soll es die gleichen, fairen Bedingungen geben. Wettbewerbsverzerrungen durch Dumpingpreise sollen vermieden werden, und die Ausfälle in den Bereichen SV-Beiträge, Lohnsteuer und BUAK-Zuschläge durch unseriöse Praktiken sollen möglichst geringgehalten werden.
- **Sozialpartnerschaft in der Verfassung**
 - Seit dem Jahr 2008 werden die Sozialpartner explizit im Bundesverfassungsgesetz genannt: „Die Republik anerkennt die Rolle der Sozialpartner. Sie achtet deren Autonomie und fördert den sozialpartnerschaftlichen Dialog durch die Einrichtung von Selbstverwaltungskörpern“.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2008

- **Bad Ischler Dialog 2008: „Ein soziales Europa“**
 - Die Sozialpartner verlangen gemeinsam ein rasches Konjunktur- und Arbeitsmarktpaket auf österreichischer und europäischer Ebene, um die Folgen der Finanzkrise zu mildern. Vorgeschlagen wird beispielsweise, einige bereits geplante Infrastrukturprojekte als Motor für die Konjunkturentwicklung vorzuziehen. Weiters gelte es, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene die Finanzsysteme zu stabilisieren. Konkret wird eine Harmonisierung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene, die Liquiditätssicherung im Finanzsystem, eine funktionierende Kontrolle und die Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer vorgeschlagen.
- **Sozialpartner und AMS geben Startschuss zu gemeinsamer Initiative zur Förderung des touristischen Arbeitsmarktes**
 - Die Sozialpartner und das AMS stellen eine gemeinsame Initiative zur Förderung des touristischen Arbeitsmarktes vor. Ziele sind die Förderung der Fachkräfteausbildung, die Steigerung der Karrierechancen im Tourismus sowie die Erhöhung der Mobilität von Tourismusbeschäftigten. Das Maßnahmenpaket umfasst eine verstärkte FacharbeiterInnen-Intensivausbildung in Tourismusregionen und den Ausbau der regionalen Jobvermittlung ebenso wie den stärkeren Anreiz zur Inanspruchnahme der Entfernungsbeihilfe durch bessere Information und die bessere Integration älterer ArbeitnehmerInnen.
- **„Aktionsplan für ältere Arbeitnehmer“**
 - Die Sozialpartner sehen in der Mobilisierung des großen Arbeitskräftepotenzials der Älteren eine wichtige Herausforderung für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich. Neue Altersteilzeit-Modelle, die Neuauflage des Kombilohns sowie Gesundheitsprävention und Anreize zur Weiterbildung sollen Ältere länger im Erwerbsprozess halten.

- **Sozialpartner legen gemeinsames Konzept zur Gesundheitsreform vor**
 - Die Sozialpartner legen ein gemeinsames Konzept zur Zukunftssicherung der sozialen Krankenversicherung vor. Eines der besten Gesundheitssysteme weltweit soll durch eine effizientere Mittelverwendung beibehalten werden. Die Sozialpartner sehen im Gesundheitssystem Einsparungsmöglichkeiten von jährlich rund 600 Millionen Euro vor. Die Einsparungen sollen vor allem bei den ÄrztInnen und den Medikamentenausgaben erfolgen. So ist eine bedarfsorientierte Stellenplanung und Nachbesetzung freierwerdender Vertragsarztstellen vorgesehen. Zur Eindämmung der Medikamentenkosten soll mit der Ärztekammer mittels einer Vereinbarung über die Einführung von Anreiz- und Zielsteuerungsmechanismen eine stärker ökonomische Verschreibeweise erreicht werden. Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger soll in eine SV-Holding umfunktioniert werden. Diese soll verbindliche Richtlinien erstellen, Budgets sowie Großinvestitionen genehmigen und als Dienstleister auch einige zentral zu erfüllende Aufgaben erledigen wie etwa bei Heilmitteln und im IT-Bereich. Einen signifikanten Konsolidierungsbeitrag erwarten die Sozialpartner auch von den Spitalserhaltern. Einsparungen fordern die Sozialpartner auch bei den medizinischen Instituten.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2008

- **Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen**
 - Der Beirat wurde mit der Erstellung von drei neuen Gutachten beauftragt, und zwar zu den Themen „Energiepolitik“, „Gesundheitspolitik“ sowie „Europäisches Sozialmodell“. Darüber hinaus verabschiedete der Beirat eine Stellungnahme zum Entwurf einer Statistik-Verordnung der Europäischen Kommission.

2007

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2007

- **Fachkräfteverordnung 2008**
 - Die Sozialpartner-Präsidenten begrüßen die von Bundesminister Martin Bartenstein vorgestellte Fachkräfte-VO 2008 als ersten Schritt der Umsetzung des kurz zuvor vorgestellten Sozialpartner-Pakets ‚Arbeitsmarkt – Zukunft 2010‘. Darin haben sich die Sozialpartner dazu bekannt, dass der Fachkräftemangel vorrangig über das im Inland verfügbare Arbeitskräftepotenzial abgedeckt und insofern der Schutz des Arbeitsmarkts soweit wie möglich bis 2011 aufrechterhalten werden soll. Allerdings soll in Branchen mit Fachkräftemangel der Arbeitsmarkt ab 1.1.2008 kontinuierlich geöffnet werden. Ein zentraler Punkt des Sozialpartnerpakets war die kontinuierliche Erweiterung der Berufsliste mit erleichtertem Arbeitsmarktzugang um neu auftretende Mangelberufe.

- **„Gesundheit sichern“: Sozialpartner schnüren Finanzierungspaket für Gesundheitswesen**
 - Die österreichischen Sozialpartner haben unter dem Generalmotto „Gesundheit sichern“ ein umfassendes Paket zur Finanzierung des heimischen Gesundheitswesens geschnürt, mit welchem sie einem Auftrag der Bundesregierung nachgekommen sind. Dabei ist man vor der Herausforderung gestanden, eine Finanzierungslast von insgesamt 300 Millionen Euro zu „heben“. Maßnahmen zur Effizienzsteigerung umfassen z.B. eine Begrenzung des Ausgabenwachstums bei Medikamenten. Ein besonders großes Effizienzpotenzial liegt im Spitalsbereich der Länder und Gemeinden. Hier müsse es von Seiten der Länder im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen tiefgreifende Reformen geben.

- **„Abfertigung Neu“ auch für Selbständige**
 - Mit dem Beschluss der Koalition, eine „Abfertigung Neu“ auch für Selbständige einzuführen, wurde eine massive Diskriminierung der UnternehmerInnen gegenüber unselbständig Beschäftigten beseitigt. Dies verbessert erheblich die soziale Absicherung der Wirtschaftstreibenden. Die entsprechenden Vorschläge der Sozialpartner wurden positiv aufgenommen.

- **Einigung bzgl. einer Ausweitung der Ladenöffnungszeiten**
 - Nach intensiven Verhandlungen ist es zu einer Einigung der Sozialpartner über Änderungen des Kollektivvertrages aufgrund der geplanten Ausweitung der Ladenöffnungszeiten gekommen. Grundlage bilden die neuen gesetzlichen Regelungen zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in Österreich von 66 auf 72 Stunden pro Woche. Im Vordergrund stand die Einigung bezüglich der Entlohnung und Anpassung der Rahmenbedingungen an die geänderten Öffnungszeiten bei Veranstaltungen, deren Dauer über 21 Uhr hinausgeht.

- **Sozialpartner einigen sich auf Arbeitszeitpaket**
 - Das neue Arbeitszeitpaket bringt Spielräume, die es den ArbeitgeberInnen erleichtern, die Arbeitskraft einzusetzen. Die Arbeitszeitflexibilisierung war seit 2000 ein Vorhaben in allen Regierungsprogrammen. Nach einer Grundsatzeinigung der Sozialpartner im November 2006, die ins jüngste Regierungsprogramm Eingang fand, haben sich die Sozialpartner auch auf die konkrete Umsetzung geeinigt.

- **Selbständige oder unselbständige Betreuung von Pflegebedürftigen zu Hause**
 - Am 25.4.2007 wurden im Ministerrat neue Möglichkeiten beschlossen, pflegebedürftige Menschen durch selbständige PersonenbetreuerInnen gewerbsmäßig zu betreuen. Es besteht auch die Möglichkeit, unselbständige Betreuungskräfte direkt im Haushalt oder über Trägerorganisationen anzustellen. Dabei übernahm die Regierung Vorschläge der Sozialpartner zur Anmeldung vor Arbeitsbeginn als wichtige Maßnahme gegen Schwarzarbeit.
- **Anmeldung vor Arbeitsbeginn: ÖGB und WKÖ präsentieren Sozialpartnereinigung**
 - Mit der Sozialpartnereinigung, dass ArbeitnehmerInnen vor Beginn ihrer Tätigkeit angemeldet werden müssen, ist ein wirklicher Durchbruch im Kampf gegen Sozialbetrug gelungen. Arbeitgeber können unbürokratisch telefonisch oder per Fax eine Kurzanmeldung abgeben. Begleitend dazu kam es zu einer Reform des Strafkatalogs.
- **Kindergeld Neu verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
 - Bei der Reform des Kindergeldes wurden wichtige Sozialpartner-Vorschläge aufgenommen. Das Kindergeld Neu ist weitaus flexibler und einfacher als die vorherige Rechtslage. Somit wird es insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Unternehmerinnen einfacher, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2007

- **Bad Ischler Dialog 2007: „Chance Bildung“**
 - Im Rahmen des Bad Ischler Dialogs präsentierten die Sozialpartner Vorschläge für eine Verbesserung des Bildungssystems. Zentrale Punkte dabei sind Chancenvermittlung, Förderung sowie mehr Durchlässigkeit des Bildungssystems. Große Bedeutung kommt weiters der Berufsinformation zu.
- **Sozialpartner-Einigung zu Arbeitsbedingungen an Sonntagen während der EURO 2008**
 - Die Sozialpartner im Handel haben sich dazu geeinigt, dass ein befristeter Kollektivvertrag die Arbeitsbedingungen für Arbeitseinsätze an Sonntagen während der Fußball-Europameisterschaft 2008 regelt. Die Regelung zur Fußball-EM, die die Möglichkeit der Ladenöffnung an den Sonntagen zwischen 12 und 18 Uhr vorsieht, lehnt sich nicht nur damit an bereits existierende Sonder-Kollektivverträge an.
- **Sozialpartner-Paket setzt auf Qualifizierung und sektorale Arbeitsmarktöffnung**
 - Die österreichischen Sozialpartner haben gemeinsam ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Jugendbeschäftigung und Deckung des Fachkräftebedarfs verhandelt, das am 2.10.2007 von den Sozialpartner-Präsidenten an Mitglieder der Bundesregierung übergeben wurde. Grundsätze des neuen Sozialpartnerpaktes sind eine Ausbildungsgarantie für Lehrstellensuchende, ein ambitioniertes Qualifizierungsprogramm für das heimische Arbeitskräftepotenzial, eine Lehrstellenförderung neu, die Möglichkeit der außerordentlichen Auflösung des Lehrvertrags unter bestimmten Voraussetzungen sowie die Forcierung und Schaffung eines umfassenden Berufsinformations- und -orientierungssystems.

- **Sozialpartner in der Papierindustrie: „Wachstum und Beschäftigung in Österreich sichern“**
 - In einem gemeinsamen Forderungspapier zeigen die Sozialpartner dringenden politischen Handlungsbedarf zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Papierindustrie auf. Die Sozialpartner fordern insbesondere die raschmögliche Beseitigung des durch die einseitige Biomasse-Förderpolitik und den Ausschluss der Stromerzeugung aus Lauge entstandenen Standortnachteils der österreichischen Zellstoff- und Papierindustrie. Die Sozialpartner fordern eine Neuausrichtung der Biomasseförderung, die Unterstützung der Initiativen der Forstwirtschaft zur verbesserten Nutzung nachhaltig vorhandener Holzreserven im heimischen Wald, die Förderung der Bereitstellung von Energieholz und die Mitberücksichtigung der Leistungen der Zellstoff- und Papierindustrie für eine erfolgreiche Energie- und Klimaschutzpolitik.

2006

Tätigkeiten der Sozialpartner 2006

- **Bad Ischler Dialog 2006: „Bad Ischler Deklaration 2006“**
 - Im Jahr 2006 wurde anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Sozialpartnerschaft der „Bad Ischler Dialog“ der österreichischen Sozialpartner ins Leben gerufen. Zielsetzung des Bad Ischler Dialogs ist es, auf zukunftsweisende Themen aufmerksam zu machen, gemeinsame Positionen der österreichischen Sozialpartner zu erstellen und diese an die Spitzen der österreichischen Bundesregierung zu kommunizieren und mit ihnen zu diskutieren. Im Rahmen diverser Vorträge und Plenardiskussionen diskutieren die Sozialpartner gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. In den gemeinsamen „Bad Ischl Papieren“ werden Zahlen, Daten und Fakten analysiert, Herausforderungen dargestellt und Lösungsansätze vorgeschlagen.
- **Website zu Gesundheitsförderung und ArbeitnehmerInnenschutz**
 - Mit der Website www.arbeitundgesundheit.at wurde erstmals eine umfassende Service- und Informationsseite zu den Themen betriebliche Gesundheitsförderung und ArbeitnehmerInnenschutz geschaffen.
- **Initiative „Arbeit – Alter – Bildung am Arbeitsmarkt“**
 - Die Schaffung einer altersgerechten Arbeitswelt steht im Mittelpunkt der neuen Sozialpartner-Initiative „Arbeit – Alter – Bildung am Arbeitsmarkt“. Produktive Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen aller Altersgruppen wird zu einem vorrangigen gemeinsamen Anliegen gemacht.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2006

- **Konferenz „Herausforderungen für die partizipative Demokratie in einer erweiterten EU“**
 - Im Mai 2006 veranstaltete der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft eine internationale Konferenz zum Thema „Herausforderungen für die partizipative Demokratie in einer erweiterten EU“. Der Konferenzinhalt wurde als Konferenzband der Publikationsreihe des Beirats publiziert (**Beiratsstudie Nr. 81**).
- **Papier des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen „Chancen durch Bildung“**
 - Vom Beirat wurde das Papier „Chancen durch Bildung“ erarbeitet, welches gemeinsame Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung enthält. Dieses Papier wurde der Regierung als Beitrag der Sozialpartner zur Umsetzung der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung übergeben und diente in der Folge auch als wesentlicher Input für das Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP.

2005

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2005

- **Sozialpartner stellen zwei neue attraktive Lehrberufe „Elektronik“ und „Greenkeeping“ vor**
 - Zusätzlich zum traditionellen Lehrberuf Garten- und Grünflächengestaltung-Landschaftsgärtnerei haben die Sozialpartner im Bundesberufsausbildungsbeirat einen Schwerpunkt „Greenkeeping“ erarbeitet sowie aufgrund der sich rasch ändernden technologischen Anforderungen einen Schwerpunktlehrberuf „Elektronik“, der die bestehenden Lehrberufe Elektronik und Mikrotechnik zusammenfasst. Damit können weitere attraktive Lehrberufe angeboten und der Branche eine bessere Ausbildung ihrer Fachkräfte ermöglicht werden.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2005

- **Österreichs Sozialpartner fordern wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik für Europa**
 - Im Rahmen der Präsentation der Studie des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen zur „Makroökonomischen Politik und Lissabon-Strategie der EU“ fordern die Sozialpartner-Generalsekretäre eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene. Mit den geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen können Neugründungen von Unternehmen angeregt, zusätzliche Investitionen bewirkt, mehr Arbeitsplätze geschaffen und insgesamt mehr Wachstum im Rahmen des Lissabon-Prozesses erreicht werden.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2005

- **Beiratsstudie Nr. 80 „Die makroökonomische Politik und die Lissabonstrategie der EU“**
 - Die Beiratsstudie „Die makroökonomische Politik und die Lissabonstrategie der EU“ wurde am 15. März 2005 in einer Pressekonferenz von den Generalsekretären der Öffentlichkeit präsentiert. In diesem Gutachten werden insbesondere die Rolle und Wirkung des makroökonomischen Policy-mix der EU dargestellt und Verbesserungsvorschläge aufgezeigt.
- **„Erklärung von Paris“**
 - Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der Wirtschafts- und Sozialräte der EU wurde gemeinsam die „Erklärung von Paris“ zur Umsetzung der Lissabon-Strategie und der Bedeutung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft erarbeitet und den Regierungen übermittelt.

2004

Tätigkeiten der österreichischen Sozialpartner 2004

- **Sozialpartner-Memorandum zur Bekleidungsindustrie**
 - Vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden unfairen und monopolisierten Welthandels mit Bekleidung und Textilien übergaben die Sozialpartner ein entsprechendes Memorandum an Bundesminister Bartenstein. Seitens des Fachverbandes der Bekleidungsindustrie wurde insbesondere auf die Situation in den USA hingewiesen. Dort habe die Administration – im Gegensatz zur EU-Kommission – anlässlich des WTO-Beitritts Chinas rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die bereits aufgrund drohender Marktstörung die Einleitung eines Verfahrens auf entsprechende Schutzmaßnahmen ermögliche. Da die EU-Kommission nicht derartige optimierte Rahmenbedingungen geschaffen habe, drohe eine Umlenkung von Warenströmen nach Europa.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2004

- **Informationsveranstaltung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Budgetpolitik**
 - Im Jänner 2004 wurde in einer Informationsveranstaltung der permanenten Arbeitsgruppe „Budgetpolitik“ der voraussichtliche Haushaltsabschluss 2003 mit VertreterInnen des Finanzministeriums und WirtschaftsforscherInnen einer kritischen Diskussion unterzogen.

2003

Tätigkeiten der Sozialpartner 2003

- **Internet-Portal „Arbeit und Behinderung“**
 - Die Sozialpartner haben am 3.12.2003 in Brüssel das gemeinsame Internet-Portal www.arbeitundbehinderung.at präsentiert. Ziel dieser Initiative ist es, mit Hilfe von Best-Practice-Fällen nützlichen Links sowie Informations- und Beratungsmöglichkeiten direkt in Unternehmen das Interesse an der Aufnahme von Menschen mit Behinderung zu erhöhen. Damit leistet das Internet-Portal einen nachhaltigen Beitrag zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2003

- **Gutachterliche Tätigkeit des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen gem. § 11 a (2) UniStG**

Gutachten zur Arbeitsmarktrelevanz für Anträge auf Umwandlung eines Diplomstudiums in ein Bakkalaureats- und ein darauf aufbauendes Masterstudium: Studienkommissionen Gesangs- und Instrumentalpädagogik sowie Musik- und Bewegungserziehung (Universität Mozarteum Salzburg), Romanistik (Universität Graz), Finno-Ugristik (Universität Wien), Kunst und Gestaltung (Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz), Film und Fernsehen (Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien), Umweltsystemwissenschaften (Universität Graz), Industriellistik sowie Industrieller Umweltschutz, Entsorgungstechnik und Recycling (beide: Montanuniversität Leoben), Japanologie sowie Übersetzen und Dolmetschen (beide: Universität Wien) und Pädagogik (Universität Graz).

2002

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2002

- **„Abfertigung neu“**
 - Aufbauend auf einer Sozialpartnereinigung wurde am 12.6.2002 im Nationalrat mit der „Abfertigung neu“ eine der umfassendsten sozialpolitischen Reformen der letzten Jahrzehnte beschlossen. Mit dem Umstieg von (hohen) Einmalzahlungen zu kontinuierlichen Beitragszahlungen an die neu errichteten Betrieblichen Vorsorgekassen brachte die Reform für die Betriebe eine beträchtliche Verbesserung. Den ArbeitnehmerInnen kommt zugute, dass auch Arbeitsverhältnisse mit einer Dauer von unter drei Jahren abfertigungswirksam werden und erworbene Anwartschaften bei Selbstkündigung nicht mehr verloren gehen.
- **Niedrigeres Kassendefizit als Bestätigung für Kurs der Sozialpartner**
 - Die erfreuliche Entwicklung des Defizits der Krankenkassen bestätigt das Greifen der Sanierungsvorschläge der Sozialpartner. Diverse Sozialpartner-Vorschläge wurden z.T. umgesetzt und haben gegriffen. So wurden die Kostensteigerungen für Medikamente deutlich eingedämmt und der Verwaltungsaufwand aufgrund der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger gesenkt.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2002

- **Memorandum zum Thema Aus- und Weiterbildung im Bereich Eisen Metall**
 - Im Zuge der Lohn- und Gehaltsverhandlungen in der Metallindustrie im Herbst 2002 vereinbarten die Kollektivvertragspartner, gemeinsame Anstrengungen in der Frage der Bildung - Aus- und Weiterbildung zu unternehmen, um den neuen Herausforderungen gemeinsam gerecht werden zu können. Daher wurde am 10.6.2002 im Rahmen einer Sozialpartner-Enquete ein gemeinsames Memorandum zum Thema Aus- und Weiterbildung vorgelegt. Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnenseite waren sich einig, dass allein die demografischen Faktoren immer größere Anforderungen an alle stellen werden. Wenn immer weniger Menschen im Arbeitsprozess stehen, müssen diese, um den technologischen Herausforderungen gewachsen zu sein, immer besser ausgebildet sein.
- **Gemeinsame Initiativen für betriebliche Gesundheitsvorsorge**
 - Die Sozialpartner-Enquete „Gesunde Arbeitnehmer – Erfolgreiche Betriebe“ bildete den Auftakt dazu, die betriebliche Gesundheitsförderung österreichweit auszubauen und vorzubereiten. Die betriebliche Gesundheitsförderung ist ein Bereich, in dem die Freiwilligkeit angesprochen wird. MitarbeiterInnenmotivation und Bewusstseinsbildung stehen daher im Vordergrund.
- **Neuer Kollektivvertrag für das Arbeitskräfteüberlassungsgewerbe**
 - Nach mehrjährigen Verhandlungen präsentierten die Sozialpartner des Gewerbes für Arbeitskräfteüberlassung den neuen Kollektivvertrag für die betroffenen ArbeiterInnen. Bisher galt für die Grundentlohnung der überlassenen ArbeiterInnen das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz. Durch den neuen Kollektivvertrag wird die Bezahlung der überlassenen ArbeitnehmerInnen erstmals ganz klar geregelt.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2002

▪ Informationsveranstaltungen und Seminare

- Der Beirat organisierte zwei Informationsveranstaltungen mit externen ExpertInnen zu den Themen „Kosten der EU-Erweiterung“ sowie „Budgetvollzug 2002 und die Frage der Transparenz“. Ein weiteres Seminar war dem Thema „Venture Capital, Aktienmärkte und Wirtschaftswachstum“ gewidmet.

▪ Gutachterliche Tätigkeit des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen gem. § 11 a (2) UniStG

Gutachten zur Arbeitsmarktrelevanz für Anträge auf Umwandlung eines Diplomstudiums in ein Bakkalaureats- und ein darauf aufbauendes Masterstudium: Studienkommissionen Erdwissenschaften/angewandte Geowissenschaften (Universität und Technische Universität Graz), Germanistik (Universität Graz), Volkskunde (Universität Innsbruck), Volkswirtschaftslehre (Universität Graz), Klassische Philologie (Universität Salzburg), Versicherungsmathematik (Technische Universität Wien), Geographie (Universität Salzburg) sowie Katholische Religionspädagogik (Universität Innsbruck).

2001

Kooperationserfolge der Sozialpartner 2001

- **Saisonniervereinbarung verlängert**
 - Die Geltung des am 6.12.2000 beschlossenen und mit 1.1.2001 in Kraft getretenen Zusatzkollektivvertrags für SaisonmitarbeiterInnen im Gastgewerbe wird bis zum 31.10.2001 verlängert. Durch diese Maßnahme wird sichergestellt, dass die angepeilten Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung greifen. Mit dem freiwillig vereinbarten Zusatzkollektivvertrag hatten die Sozialpartner eine im Vorjahr drohende Verordnung abgewendet, mit der eine Wartefrist beim Arbeitslosengeld von zwei Wochen eingeführt worden wäre.

Tätigkeiten der Sozialpartner 2001

- **Arbeitnehmerschutz-Novelle**
 - Am 23.11.2001 wurden die Reformen des Arbeitsinspektionsgesetzes, des Arbeitnehmerschutzgesetzes und des Bauarbeiterkoordinationsgesetzes im Parlament beschlossen. Mit dieser Novelle, die ein Zeichen für die Lösungskompetenz der Sozialpartner ist, konnten zahlreiche bürokratische Belastungen für Unternehmen beseitigt und eine Verbesserung der sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung der MitarbeiterInnen sichergestellt werden.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2001

- **Beiratsstudie Nr. 79: „Digitale Wirtschaft“**
 - Im Auftrag der Sozialpartner hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen die Studie „Digitale Wirtschaft“ erstellt, die sich damit beschäftigt, wie die Entwicklung der digitalen Wirtschaft aussieht und welcher wirtschaftspolitische Aktionsplan dadurch gegeben ist. Aufgrund der Bedeutung des Informations- und Kommunikations-Technologie-Sektors soll verstärkt auf Aus- und Weiterbildung gesetzt werden.
- **Gutachterliche Tätigkeit des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen gem. § 11 a (2) UniStG**

Gutachten zur Arbeitsmarktrelevanz für Anträge auf Umwandlung eines Diplomstudiums in ein Bakkalaureats- und ein darauf aufbauendes Masterstudium: Studienkommissionen Informatik sowie Publizistik/Kommunikationswissenschaften (beide: Universität Salzburg), Wirtschaftsinformatik (Universität Wien gemeinsam mit TU-Wien), Sportwissenschaften und Slawistik (beide: Universität Innsbruck), Betriebswirtschaft (Universität Wien) sowie zu diversen Musikstudien (Musikuniversität Graz und Universität Mozarteum Salzburg).

2000

Tätigkeiten der Sozialpartner 2000

- **Einigung über Zusatzkollektivvertrag zur Saisonverlängerung**
 - Die Sozialpartner haben sich auf einen Zusatzkollektivvertrag für Saisonarbeitsverhältnisse geeinigt. Danach wird die Saisonarbeitszeit generell um zwei Wochen verlängert.

- **Sozialpartner fordern: Keine Wartefrist beim Arbeitslosengeld**
 - Die Präsidenten von WKÖ und ÖGB forderten die Bundesregierung auf, von ihren Plänen nach einer vierwöchigen Wartefrist beim Arbeitslosengeld bei einvernehmlicher Auflösung des Dienstverhältnisses bzw. bei Zeitablauf abzurücken.

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 2000

- **Gutachterliche Tätigkeit des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen gem. § 11 a (2) UniStG**

Gutachten des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Arbeitsmarktrelevanz für Anträge auf Umwandlung eines Diplomstudiums in ein Bakkalaureats- und ein darauf aufbauendes Masterstudium: Studienkommissionen Biologie / Universität Salzburg, Sinologie / Universität Wien, Philosophie / Universität Innsbruck, Mathematik / Universität Salzburg, Vermessungswesen und Geoinformation / Technische Universität Graz, Soziologie / Universität Wien, Statistik / Universität Linz.

Jährliche Aktivitäten der Sozialpartner

- **Kollektivvertragsverhandlungen**
 - Im Rahmen der Sozialpartnerschaft werden die Kollektivverträge für knapp 98 Prozent der österreichischen ArbeitnehmerInnen der gewerblichen Wirtschaft geregelt bzw. verhandelt. Kollektivverträge werden auf ArbeitgeberInnenseite in aller Regel von der jeweiligen Unterorganisation der Wirtschaftskammer und auf ArbeitnehmerInnenseite von den Fachgewerkschaften abgeschlossen und regeln die wesentlichen Bestandteile von Arbeitsverträgen. Auch die ArbeitnehmerInnen in der Land- und Forstwirtschaft unterliegen Kollektivverträgen, die auf ArbeitgeberInnenseite von den ArbeitgeberInnenverbänden bzw. Landwirtschaftskammern und auf ArbeitnehmerInnenseite hauptsächlich vom ÖGB bzw. den Fachgewerkschaften abgeschlossen werden. Pro Jahr werden ca. 500 Kollektivverträge abgeschlossen.

- **Modernisierung der Lehrberufslandschaft**
 - Regelmäßige Überarbeitung von Lehrberufen in Hinblick auf neue Anforderungen sowie Erarbeitung neuer Lehrberufe bei entsprechendem Bedarf durch die Sozialpartner unter Beiziehung von Experten im Bundes-Berufsausbildungsbeirat. Die Ergebnisse werden als Empfehlung an das Wirtschaftsministerium abgegeben und dort in Verordnungen umgesetzt.

- **Rot-Weiß-Rot-Karte**
 - Erstellung der Mangelberufsliste für die Rot-Weiß-Rot-Karte. Die Sozialpartner erarbeiten jährlich einen Vorschlag für die Mangelberufsliste und übermitteln diesen an das BMASK. Die Mangelberufe werden im Rahmen der Fachkräfte-Verordnung des BMASK im Einvernehmen mit dem BMWFW erlassen.

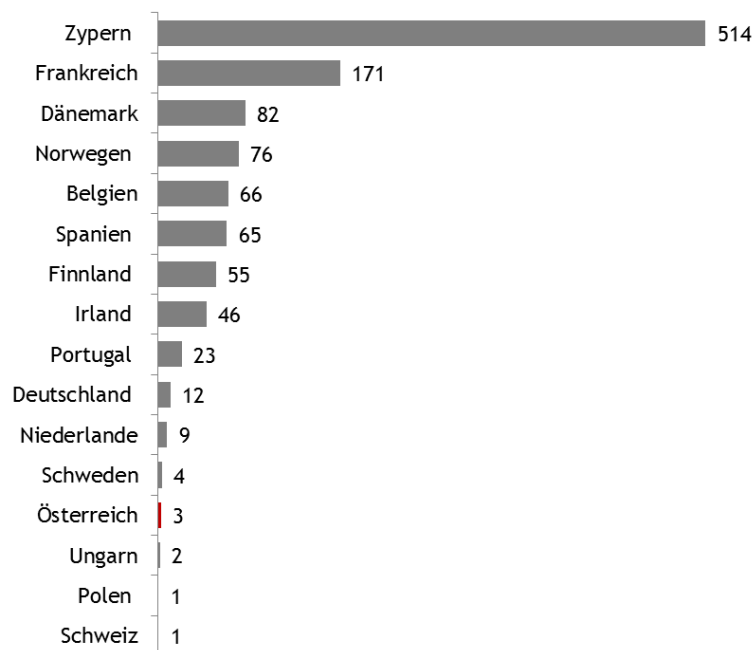
Beitrag der österreichischen Sozialpartner zum sozialen Frieden

Der Hauptwert der Sozialpartnerschaft liegt im Interessenausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen und der damit einhergehenden Tatsache, dass Entscheidungen der Sozialpartner von den großen gesellschaftlichen Gruppen getragen und befürwortet werden. Im Rahmen der Sozialpartnerschaft wird stets versucht, sachlich schwierige Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik abzuklären, übereinstimmende Auffassungen zu finden und allenfalls Kompromisslösungen zu erreichen. Diese Form des Miteinanders hilft, Unsicherheiten zu vermeiden und trägt zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen bei.

Die Sozialpartner tragen über die produktivitätsorientierte Lohnpolitik maßgeblich zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger positiver Entwicklung der Einkommen und Beschäftigung bei. Zusätzlich ist es bei zentralen Verhandlungen weniger wahrscheinlich, dass Arbeitskämpfe bzw. Streiks durchgeführt werden, die wiederum zu Produktivitätsrückgängen führen könnten.

Auf diese Weise führt das Modell der Sozialpartnerschaft zu einem hohen Ausmaß an sozialem Frieden bzw. zu einem geringen Streikausmaß in Österreich.

Durchschnittliche Streiktage pro 1.000 Arbeitnehmer, Durchschnitt 2009-2013



Quelle: ETUI, 2016